

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 3. Dezember 1903.

№ 140.

Zur Arztebewegung.

Matura dum libido manet —

Man muß das Eisen schmieden, so lange es heiß ist, lautet ein von dem römischen Komödiendichter Terenz aufgestellter Grundsatz. Matura dum libido manet ist auch die Losung der deutschen Ärzteschaft, welche in den letzten Jahren ihre Ständevereinigungen kräftig, sogar sehr kräftig ausgebaut hat. Der Zweck des Zusammenschlusses der Vertreter der medizinischen Wissenschaft ist derselbe, genau derselbe wie der der gewerkschaftlichen Vereinigung der Arbeiter; hier das Bestreben die materielle und geistige Lage der Berufsgenossen zu heben, dort die Förderung und Vertretung der Ständesinteressen. Man könnte füglich von Ärztegewerkschaften reden; der Ärztevereinsbund sowohl wie der junge, tatenfrohe Leipziger Verband sind das eigentlich in noch ausgeprägter Weise als unsere beruflichen Organisationen, denn bei jenen scheiden etwaige politische Nebenbestrebungen und Rücksichten vollständig aus, sie sind eine Vertretung ausgeprägtester materieller Interessen.

Das am 1. Januar 1904 in Kraft tretende abgeänderte Krankenversicherungsgesetz bringt bekanntlich eine Reihe von Erweiterungen, die man nur begrüßen kann, obwohl sie noch manchen Wunsch der Arbeiter unbefriedigt lassen. So darf der Bezug von Krankengeld und der Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und Heilmittel auf nicht unter 26 Wochen festgesetzt werden, Wöchnerinnenunterstützung muß mindestens auf die Dauer von sechs Wochen gewährt und Geschlechtskranke dürfen nicht mehr von der Behandlung und Unterstützung auf Kosten der Krankenkassen ausgeschlossen bleiben. Infolge Heraushebung des durchschnittlichen Tageslohnes ist die Bildung höherer Klassen nunmehr möglich, eine spezielle unseren Kollegen zugute kommende Neuerung. Von den sonstigen Bestimmungen ist noch die Einbeziehung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge in die Krankenversicherung zu erwähnen, wenn das Jahresverdienst derselben nicht 2000 Mk. übersteigt. Um diesen Anforderungen entsprechen zu können, muß man natürlich allenthalben zu dem Mittel der Beitragserhöhung greifen.

Die Ärzte halten diesen Zeitpunkt der Notwendigkeit des Mehrbezahls nun für den geeigneten, auch ihrerseits auf dem Plane zu erscheinen und zu einem noch tieferen Eingriffe in den Beutel zu zwingen. Unter ihren Forderungen nimmt die der freien Arztwahl die erste, die der ständesgemäßen Honorierung die zweite Stelle ein. Auf dem deutschen Arztetage zu Köln im September 1903 wurde die freie Arztwahl wieder als Kardinalforderung proklamiert und zwar verstand es der Herr Referent, seine gelehrten Zuhörer in einen **Paroxysmus** zu versetzen, der alle Erwägungen der Billigkeit und jede Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse überspringen ließ. Man stellte sich auf den Standpunkt, die freie Arztwahl müsse eingeführt werden ohne Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse, nicht etwa allmählich. Antworten sei nicht am Platze, Dpser müßten gebracht werden von den jetzigen Monopolinhabern (den Städtischen Ärzten), dem Nützligen gehöre die Welt!

Zwar hatte noch die Plenarversammlung des sächsischen Landesmedizinalkollegiums im November 1900 befunden, daß jede Art der gesetzlich festgelegten freien Arztwahl bei den Krankenkassen nicht zu empfehlen sei. Der Ausschuss des Thüringer Ärztevereinsbundes beschloß sogar noch am 31. August 1903, daß die freie Arztwahl wohl als zu erstrebendes Endziel im Auge behalten werden müsse, daß aber nicht gewaltsam, nicht mit einem Schläge dieselbe durchgeführt werden dürfe. Doch diese und andere Mahnungen zu einem langsamern Tempo versingen nicht, in den lokalen Vereinigungen setzte die Aktion vielmehr ein und nun haben wir seit einigen Wochen eine veritable Lohnbewegung der Ärzte im ganzen Deutschen Reiche, so daß nach der Korrespondenz des Zentralverbandes der Ärzte (sogenannter Hartmannscher bzw. Leipziger Verband) mit Beginn des Jahres 1904 etwa 3000 Ärzte „in die Bewegung“ eintreten werden. Zur besseren Orientierung unserer Leser folgen nachstehend die Orte, an denen augenblicklich Konflikte der Ärzte mit den Krankenkassen bestehen: Apolda, Baden-Baden, Bismarck bei Düsseldorf, Bielefeld, Bonn a. Rh., Crimmitschau-Neukirchen, Crottenborf, Erzgeb., Dürkheim und Neustadt a. H., Freienwalde a. Oder, Gera (Neuß), Göppingen i. Württemb., Heiligenberg i. B., Heppenheim und Umgegend (Großh. Hessen), Hilden (Landkreis Düsseldorf), Hornberg i. Schwarzwald, Kreis Kempen, Rheinland (Lobberich, Dülken, Süchteln, Kempen, St. Tönis, Hüls, Raßdenkirchen, Grefrath, Breyhl, Brüggen), Köln a. Rh., Königswald i. Pr., Konstanz-Stadt, Konstanz-Land, Langerfeld (Kreis Schwelm), Magdeburg, Mannheim, Maulbronn in Württemberg; Mühlhausen i. Thür., Mülheim a. Rh., München-Gladbach, Neustadt i. B., Ohligs, Oldenburg i. Großh., Pirmasens, Raftatt-Gernsbach-Gaggenau, Remscheid, Reudersburg, Salzwedel, Solingen-Wald-Zentral-Gräfrath, Spandau, Sprendlingen (Kreis Offenbach), Stettin, Wierßen i. Nhd., Zehdenick, Zeitz. Verhandlungen schweben in Heide in Holstein, Kissingen, Landau in Bayern, Leipzig, Losheim bei Trier, Mathenow, Reudersburg, Schweinfurt (Kreis Wohlau), Würschen bei Aachen, Ziegelhausen.

Hören wir, wie die Jünger Askanius eigentlich ihre Forderungen motivieren. Der Notstand, die immer mehr zunehmende Proletarisierung des Arztesberufes soll enorm und unbestreitbar sein und Schutz daran trage das Krankenversicherungsgesetz. Nun ist aber in Wirklichkeit nach Inkrafttreten jenes Gesetzes für die Ärzte eine ähnliche Zeit angebrochen, wie wir sie vor 30 Jahren für Handel und Industrie hatten und welche Periode hinlänglich bekannt ist unter der Bezeichnung Gründerjahre.

Auch zum Arztestande gab es seit 1884 einen kolossalen Zulauf; die Zahl der Ärzte hat sich seit damals genau um 100 Proz. vermehrt, während die Bevölkerungszahl kaum eine Zunahme von 33 Proz. aufweist. Der Schlüssel hierzu ist nicht lange zu suchen: Die gesetzlichen Krankenkassen bieten den Anfängern von vornherein einen sichern Stützpunkt, der trotz der so viel geringeren Schattenseiten der Krankenkassenpraxis lockend genug ist, das medizinische Studium mehr als notwendig zu bevölkern.

Von allen Studienfächern ist das medizinische das am schnellsten sich rentierende, kein gelehrter Beruf gestattet so frühzeitig eine eigne Existenz wie der Arztestand. Während in allen anderen gelehrten Berufszweigen die Anstellung noch lange auf sich warten läßt, das Referendar- und Assessorwesen nochmals ein nicht zu kleines Vermögen verschlingt, sibt der Arzt schon mitten in seiner Praxis, ist bestenfalls ein oder zwei Jahre noch als Praktikant an einem großen Krankenhause tätig gewesen.

In der Voraussetzung, daß für das Studium angelegte Kapital verhältnismäßig schnell wieder herauszuschlagen zu können, hat man also den Zulauf, den Notstand und die Proletarisierung des ärztlichen Standes zu suchen, nicht aber in der Krankenversicherungsgesetzgebung. Im Gegenteil; seit 1884 haben auch die Einnahmen der Ärzte erst eine stabilere Gestaltung angenommen, denn nun wurde ihnen doch unter allen Umständen Bezahlung für ihre Bemühungen, wo sie vordem häufig genug das Nachsehen hatten. Und wäre in allen Orten das von Leipzig gegebene Beispiel der Familienversicherung eingeführt, stände es noch besser um das Haben in dem Kontobuche der Ärzte. Wir haben das auch schon deutlich genug in unserm Artikel „Die neue Arzteorganisation“ in Nr. 117 des Corr. vom Jahre 1900 ausgeprochen und damals bereits die Ärzte vor der Ungerechtigkeit gewarnt, all ihr Ungemach auf die Krankenkassen zu wälzen.

In Deutschland kommen auf dem Lande und in den kleineren Städten 1800 Einwohner auf einen Arzt, in den größeren Städten aber nur 700 bis 800; z. B. in Frankfurt a. M. 814, in Breslau 731, in Berlin 766, in München 608. Wenn jetzt nun die freie Arztwahl zur Einführung kommen würde, so wäre mit den vorhandenen 292000 Zivilärzten in Deutschland nicht viel anzufangen; ein Zustrom von neuen Jüngern der medizinischen Wissenschaft würde und müßte beginnen, er würde vielleicht reizender werden, als man bei aller Befürchtung anzunehmen geneigt ist. Hat sich doch im Königreiche Sachsen in den letzten 15 Jahren unter dem jetzigen Verhältnisse die Zahl der Ärzte verdoppelt, die der Zahnärzte sogar verdreifacht. Und dann ist schließlich die große Besorgnis nicht von der Hand zu weisen, daß das hinzuströmende Material nicht an Qualität gewinnen würde, das **Krankenkassenmittel** würde am Ende noch mehr als jetzt dem Durchschnittsarzte ein notwendiges **Uebel** sein. Der Effekt der Einführung der freien Arztwahl wäre also nach Jahr und Tag der, daß statt einer mäßigen Ueberflutung eine wahre Arztesflut zu konstatieren wäre, welcher man dann nur noch ratlos gegenübersehen würde als der gegenwärtigen aufgekauften Hochwasserfahr.

Wenn die Ärzte sich nun einmal eine so straffe Organisation gegeben haben, sollten sie doch auch den Hebel zur Abstellung von Mißständen noch an anderer Stelle anzusetzen wissen als wie jetzt nur bei den Krankenkassen. Für uns ist die Undurchführbarkeit der vollständig freien Arztwahl durchaus klar; die Klassen können unmöglich die Besche für eine ganz verkehrte Regelung der Nach-

wachstfrage im Arztstande, bezahlen, sie können nicht jedem spekulativen Vater eines hoffnungsvollen Sohnes einen Garantiechein in die Hand drücken, daß für den Medizin studierenden Sprößling ein für allemal die Magenfrage gelöst sei durch sie, die Krankenkassen. Die Ärzteverbände — und das gilt namentlich von dem sturmsegelnden Leipziger! — sollten diese Frage nur einmal mit Ruhe und ohne Voreingenommenheit prüfen, es ließen sich wohl Auswege finden; zum mindesten könnten sie doch ebenso gut versucht werden als jetzt der Gesamtangriff auf die Krankenkassen. Wir entinnen uns einer Broschüre eines Nürnberger Arztes, in welcher dieser kategorisch und mit Recht ein mehrjähriges Praktikantentum an den Krankenhäusern und Kliniken für jeden angehenden Arzt verlangte und zwar im Interesse der Leistungsfähigkeit der deutschen Ärzteschaft. Nötigenfalls könnten ja Staat und Kommune einen angemessenen Zuschuß für diese Zeit leisten, um die minderbemittelten aber intelligenten Kräfte nicht diesem Studium zu entziehen. Wie wäre es weiter mit so einer Art Lehrlingskassa? Sollte wirklich unter Berechnung aller Umstände, unter annähernd zutreffender Abschätzung der Entwicklung der Verhältnisse nicht der Weiterbedarf einigermaßen zu taxieren sein und hiernach die Zulassung zum ärztlichen Studium den einzelnen Universitäten prozentual bemessen werden können? In Betracht würde ferner auch eine Vermehrung der ländlichen Arztstellen zu ziehen sein, d. h. für Stadt und Land müßte eine bestimmte Mindestbelegungsziffer geschaffen werden, die nur in gewissen Grenzen überschritten werden dürfte. Dann wäre von den Ärztevereinigungen die Staatsbeamtenqualität anzustreben, wie schon in jenem früheren Korrespondentartikel auch empfohlen. Der Vater Staat könnte sehr wohl den Ärzten das gewähren, was diese jetzt von den Krankenkassen allein verlangen. Allerdings würden die Anstellungsbedingungen des Staates die schnelle Erwerbsmöglichkeit bedeutend herabmindern und da liegt eben der Hase im Pfeffer.

Keinesfalls aber können die Krankenkassen durch Einführung der freien Arztwahl die jetzige Misere beseitigen, vom kassentechnischen Standpunkte aus ist das auch einfach unmöglich. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin hat in dieser Beziehung die Probe aufs Exempel gemacht, freilich mit dem Resultate, daß sie vor den Bankrott gestellt war und dieses System wieder aufgab. Die 60 000 Mitglieder hatten unter 1500 Ärzten die Auswahl; jeder ging zu dem „Arzte seines Vertrauens“, unwütig zu sagen, daß das Simulantentum sich auf unerreichter Höhe befand. Wenn nun in München, welches mit der Zentralisierung seiner Ortskrankenkassen auch den gewagten Schritt der freien Arztwahl unternommen wird, wenn weiter in einigen anderen Städten die Ärzte mit ihren „wohl überlegten und berechtigten Forderungen“ durch Aufsetzen der Pistole durchgedrungen sind, dann sind wir wirklich begierig auf die mit der freien Mürung sich ergebenden Erfahrungen. In Berlin waren sie derartig, daß selbst die Vertretung der Ärzte den in größtem Maßstabe mit der Kasse getriebenen Mißbrauch anerkennen mußte! Wozu wir uns aber verstehen würden, wäre eine möglichste Erweiterung der Zahl der zugelassenen Ärzte, wo diese bis jetzt noch eine zu beschränkte gewesen. Ob man aber bei der Leipziger Ortskrankenkasse mit ihren 300 Kassenärzten bei 140 474 Mitgliedern von einer solchen Notwendigkeit sprechen kann, möchten wir billig bezweifeln. Es ist eben ein Übel, wenn die Ärzte mit und in den Krankenkassen für sich die soziale Frage lösen wollen. Trotzdem wird seitens der Mehrheit der Ärzte bei den Krankenkassen immer rücksichtsloser und bar jeder vernünftigen Erwägung die freie Arztwahl propagiert resp. durch den Druck ihrer lokalen Organisationen herbeizuführen versucht. Aus diesem Grunde hat nun die Dresdener Ortskrankenkasse als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands ein Rundschreiben

an alle Ortskrankenkassen erlassen und ihnen angeraten, von der Einführung der freien Arztwahl abzusehen. Daß der Widerstand dieser Kassen gegen die genannte Forderung der Ärzte ein erfolgreicher sein wird, daran ist nicht zu zweifeln.

Etwas anderes ist es mit dem Minimum, parдон, mit der „standesgemäßen Honorierung“. Die Ärzte behaupten in dieser Beziehung, die Bezahlung der Krankenkassen erreiche bei weitem nicht die Minimalsätze der staatlichen Arztzue. Bleibt auch wohl zu beachten, daß es sich in diesem amtlichen Tarife stets um Einzelfälle handelt, mit den Kassen aber ein Geschäft im großen zum Abschlusse kommt, wofür in aller Welt Rabattsätze üblich, so ist in diesem Punkte den ärztlichen Forderungen doch Rechnung zu tragen wo und wie weit es nur irgend geht, denn jeder ist seines Lohnes wert und wir organisierten Arbeiter legen uns bei unseren Forderungen doch auch nicht gerade Beschränkungen auf.

Aber auch nach dieser Richtung scheinen die Herren gleich durch Tor und Tür rennen zu wollen. In Leipzig z. B. — wie gewöhnlich hat man uns auch in der Arztfrage von keinem Orte mit nur irgend welchen Mitteilungen unterstützt, wiewohl doch sehr viele unserer Kollegen in den Vorständen von Krankenkassen sitzen und da auch die Arbeiterpresse dieser Bewegung viel zu wenig Aufmerksamkeit schenkt, müssen wir uns vielfach auf lokale Vorgänge stützen — offerierte die Ortskrankenkasse den Ärzten eine Erhöhung der Pauschale um 1 Mk. pro Mitglied vom kommenden Jahre an, das würde im ganzen ein Mehr von 470 Mk. pro Arzt, gleichkommend einer Zulage von 22 Proz. gewesen sein. Die Ärzte indes verlangen statt der Pauschale von 4,50 Mk. pro Mitglied eine solche von 4 Mk. für ledige und von 12 Mk. für verheiratete Mitglieder, was im ganzen eine Mehrforderung von 410 000 Mk. gleich 65 Proz. ausmachen würde. Außerdem erhalten die Ärzte noch etwa 200 000 Mark für besondere ärztliche Leistungen und außerdem verlangen sie natürlich auch in Leipzig die Einführung des Arztes mit dem bewußten Vertrauen.

In Köln, wo ein Arztstreik zum 1. Januar in Sicht, verlangen die Ärzte einen Honorarsatz: bei den Ortskrankenkassen von 5 Mk. pro Kopf und Jahr, bei den Betriebs- und Innungskassen von 6 Mk.; bei Familienversicherung für verheiratete Mitglieder bei der Ortskasse von 15 Mk., bei den Innungs- und Betriebskassen von 18 Mk. Das ist also in Köln die standesgemäße Honorierung. In Bonn aber halten die Ärzte eine Kopfrate von 3 Mk. auch für standesgemäß. Von München ist uns der Satz nicht bekannt; wir wissen nur, daß man dort Kassenmitglieder mit 2000 Mk. oder mehr Einkommen nicht mehr als solche, sondern als Privatpatienten behandeln will und daß weiter eine Reihe von Einzelvorschriften aufgestellt ist, was als kassenspflichtige Leistung anzusehen und was nicht. Wir müssen uns mangels genügender Unterrichtung eines abschließenden Urteils in der Honorarfrage enthalten; es kommen da örtliche Verhältnisse, seitherige Leistungen und solche anderer Kassen der betreffenden Gegend in Betracht. Wohl aber können wir auf diesem Gebiete zu weitestem Entgegenkommen anraten, denn der ärztliche Beruf ist — wenn mit genügendem Ernste aufgefaßt — gelblich austretend und aufreibend und danach muß auch die Bezahlung sein. Und wo nicht alles mit einem Male bewilligt werden kann, muß es eben stufenweise gehen; die Hauptsache ist, daß der gute Wille gezeigt wird und wenn selbst von einem Himmelsstürmer unter den Ärzten gesagt wird, sie seien „schleierlich doch leidlich verständige Menschen“, so können sie diesen Standpunkt der Vernunft ja durch die Tat jetzt am besten beweisen.

Da aber sitzen wir fest. Unsere Vertreter der Heilkunst haben sich in einen gewerkschaftlichen Habituismus verkannt, der seine Erklärung nur in der Leipziger Abstammung finden kann. Was wir in jenem Artikel vor drei Jahren bei Gründung des sogenannten Leipziger Verbandes geschrieben, ist fast genau so gekommen, unsere da-

maligen Warnungen an die vorbereitenden Männer dieser neuen Ärzteorganisation sind keine Trugschlüsse gewesen.

Die Ärzte haben es also mit ihrer Bewegung zu gunsten einer gründlichen Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse den Arbeitern getreulich nachgemacht: Schutz- und Trutzbündnisse untereinander geschlossen, Preis- und Agitationsausschüsse gegründet, Vertrauenskommissionen bestellt, weniger mit dem Auftrage zu parlamenteln als Pulver zu sammeln, den Bezug von bedrohten Orten fernzuhalten und im übrigen die nötige Kampfstimmung zu präparieren. Nun fehlen nur noch die Arbeitswilligen. Ob das Cavete collegae! überall und immer nützen wird? Gera hat erst leztthin das Gegenteil bewiesen.

Ob wohl die Lohn- und Ausstandsbeziehung der Ärzte noch weitere Ausdehnung nehmen wird? Inzwischen findet diese Frage sogar schon von der Schweiz. Beantwortung, von wo über einen drohenden Arztstreik berichtet wird. Doch handelt es sich dort lediglich um einen Kampf gegen die Zulassung von Naturheilkundigen bei den Krankenkassen. Eine neu gegründete Krankenkasse, die aber noch nicht in Funktion getreten ist, will Naturheilkundigen die Behandlung der Krankenkassenmitglieder gestatten, „sofern diese Naturheilkundigen sich durch ein Diplom seitens eines Naturheilvereins über ihre Befähigung zur Ausübung der arzneilosen Heilweise ausweisen können.“ Die Ärzte drohen mit dem Ausstande, wenn diese „ungelehrten Arbeiter“ zur Behandlung der Kassenmitglieder zugelassen werden. So wird also, um nach Deutschland zurückzukehren, allenthalben die schärfere Tonart der Leipziger Führung vorläufig Trumpf bleiben. Der einen Gewerkschaftsführer par excellence abgebende Leipziger Führer Dr. Hartmann, der einst das inhaltsvolle Wort geschrieben: Ein Tatenmörder ist der Sumpf der deutschen Rede, meinte zwar kürzlich in einer Ärzteversammlung, die Tendenzen des Ärzteverbandes seien auf den Frieden gerichtet, nur das Recht der Selbsthilfe ließen sich die Ärzte nicht nehmen. Für nicht ganz einseitige Menschen klingt daraus aber deutlich die Parole: Si vis pacem, para bellum — wenn du den Frieden willst, rüste zum Kriege!

Darin trennen sich eben die Ärzte von den Arbeitergewerkschaftlern: der ersteren Devise „alles oder nichts“, die letzteren durch der Erfahrungen bittere Schule hinlänglich gewichtigt sind mit Umsichtszahlungen meistens gern zufrieden. Mächtige doch auch dieses Beispiel und unsere diesbezüglichen Erfahrungen auf die kampfesfrohen Ärzte besprechend einwirken, damit sie die Forderung der freien Arztwahl nach all den vorstehend angeführten Gründen fallen lassen, um um so mehr mit den anderen Forderungen Entgegenkommen zu finden bei den Krankenkassen, von den Arbeitern, denen für ihre Wünsche und Forderungen keine staatlich geschützte und geförderte Organisation einen Rückhalt gibt. Also nur nach diesem Rezept das Eisen geschmiedet, so lange es heiß ist!

Korrespondenzen.

M. P. Auerwade. Zu der am 21. November abgehaltenen Außerordentlichen Ortsvereinsversammlung hatte sich der größte Teil der hiesigen Mitglieder eingefunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Peterßen in kurzen Worten der verstorbenen Kollegen Haas und Wenzel, betonend, daß beide Dahingegangenen Kollegen von erstem Schrot und Korn und leider für den Verband viel zu früh abgerufen wurden. Eine vom Vorstande für den Invaliden Samuel Metz in Freiburg schon abgeschandte Unterstützung von 5 Mark wurde von der Versammlung debattelos bewilligt. Die entstandenen Mehrausgaben vom Sitzungsfeste wurden ebenfalls bewilligt. Hierauf verlas der Kassierer Bruno den Rechenschaftsbericht für das III. Quartal. Es wurde beschlossen, monatliche Versammlungen abzusuchen, statt wie bisher vierteljährliche. Mit Recht wurde von sämtlichen Rednern betont, daß monatliche Versammlungen zur Pflege der Kollegialität beitragen würden. Der Bibliothekar Boldt konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß unsere junge Bibliothek schon im Besitze von 80 deutschen und dänischen Büchern sei, welche alle von Kollegen geschenkt wurden. Den Gebeten sprechen wir an diese

Stelle unsern Dank aus. Ein Bild des verstorbenen ersten Verbandspräsidenten Richard Härtel wurde auf Kosten der Verbandskasse angekauft und soll im Vereinslokale angebracht werden. Um die Kollegialität und Geselligkeit unter den Mitgliedern zu heben, wurde beschlossen, eine Gesangsabteilung zu gründen und wurden zwei Kollegen mit den weiteren Schritten betraut. Ebenfalls sollen gemüthliche Zusammenkünfte mit Damen im Vereinslokale abgehalten werden. Mit einem brauenden Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker wurde die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung geschlossen. Die Kollegen blieben noch einige Stunden in fröhlicher Stimmung beisammen. — Für die Textilarbeiter in Crimmitschau wurden 6,55 Mk. abgefordert.

* **Sißfeldorf.** Die Ordentliche Monatsversammlung wie auch die Außerordentliche Versammlung des hiesigen Ortsvereins waren nur mäßig besucht; die für diese Versammlungen aufgestellte Tagesordnung hätte eine zahlreichere Teilnahme bedingt, um so mehr, als die bisherigen Klagen wegen des Raumes bei dem neuen Vereinslokale vermindert mißigen. Der Vorsitzende gedachte in ehrenvoller Weise unserer leider zu früh verstorbenen Kollegen Härtel und Wenzel. An Aufnahmegejungen hatten wir zwölf zu verzeichnen, während zwei Mitglieder wegen Resten ausgeschlossen wurden. Der Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz wurde in allen Punkten genehmigt. Die hiesige Buchdruckerei Gebr. Tönnes gibt wegen der dort herrschenden Unsicherheit der freiwilligen Ueberarbeit ohne Entschädigung zu Klagen fortwährend Anlaß und stehen die Mitglieder daselbst außerhalb des § 2. Die gelegte Rechnung seitens des Kassierers wurde durch die Neuwirkern gut geheißen und die Dedargen hierfür angenommen. Für die Crimmitschauer wurden 30 Mk. bewilligt, ebenso für die beantragte Hilfe für einen Kollegen seitens des Ortsvereins Freiburg 10 Mk. Die feinerzeit zur Ausgabe gelangene Umschneide für Anschaffung des Bibliotheksranntes sollen eingelöst werden. Interessanten erfahren Näheres durch den Kassierer Krone. Gerigt wurde wiederum, daß bei einer Mitgliederzahl von 300 so wenige den Corr. beziehen, trotzdem der nötige Betrag im Beitrage enthalten ist. Mit Bedauern wurden die Schäden und Mängel hervorgehoben, welche durch Nichtlesen unseres Fachorgans entstehen. Um diesem abzuhelfen, soll die Hilfe der Druckereikassierer für ein Abonnement in Anspruch genommen werden.

Frankfurt a. D. Der am 15. November im Eborado abgehaltene Bezirksstag war gut besucht. Vertreten waren die Druckerei Altarbe, Frankfurt, Friedewald, Friedeburg, Guben, Müllstrin, Landsberg a. W., Sommerfeld und Sorau. Ferner waren anwesend Kollege Döblin-Berlin und eine Anzahl Nichtmitglieder aus Frankfurt, welche letztere besonders eingeladen waren. Als Hauptpunkt der Tagesordnung galt das Referat des Hauptvorsitzenden Döblin über die wirtschaftliche und technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe und die hieraus erwachsenden Aufgaben der Gehilfen. Redner führte in längeren, trefflichen Ausführungen den Werdegang des Verbandes vor Augen und wies auf die heutige Misere hin, welche durch das starke Aufgehoben von vorhandenen Befehligen und durch das rapide Umsichgreifen der Sechsmaschine noch mehr verschärft wird. Zum Schluß forderte Kollege Döblin als beste Waffe der Gehilfenschaft, daß diejenigen Kollegen, welche der Organisation noch fernstehen, sich organisieren und dem Verbandsbeitreten. Die Versammlung stellte nach dem gehörten Vortrage ihren Dank durch Erheben von den Plätzen ab. Bei der Statuüberlegung ging es schnell und glatt von statten und wurde eine Diskussion allgemein nicht beliebt; nur wird die Wahl des Vorstandes nicht mehr auf dem Bezirksstagen selbst, sondern durch Urabstimmung vorgenommen werden. Die Vorschläge hierzu macht die Bezirksversammlung. Die Erhöhung des Gaubetrages um 5 Pf. pro Woche für das ganze Jahr fand dadurch ihre Erledigung, daß die Erhöhung gegen eine Stimme angenommen wurde. Ferner bewilligte die Versammlung für die Crimmitschauer Weber 30 Mk. aus der Bezirkskasse. Nach dem angenommenen Statut hat die Uerwahl spätestens in der ersten Woche des Dezembers stattzufinden und wurden vorgeschlagen die Kollegen Franz Peyerstorff als Vorsitzender, Otto Müller als Kassierer, Bruno Hermann als Schriftführer, Bela, Rosenberger und Loeper als Beisitzer. Desgleichen finden nach dem Statut zwei Bezirksstagen im Jahre statt (im Frühjahr und Herbst) und wurde als Ort für den nächsten Frühjahrskreisstag Guben bestimmt. Das Statut selbst tritt am 1. Januar 1904 in Kraft.

Gera. In den beiden letzten Ortsvereinsversammlungen am 17. Oktober und 21. November wurde zunächst ehren des Heimganges unsres allverehrten Mich. Härtel gedacht, dessen Bild im Vereinslokale angebracht werden soll. Dann wurden in der Hauptsache verschiedene Geldebewilligungen ausgesprochen; so für die Weber in Crimmitschau 60 Mk., für die Spinner der Zwilppinnerei bei Liebschwitz 10 Mk., für den Invaliden Metz in Rabolzell 10 Mk., an das hiesige Gewerkschaftskartell 10 Mk. zur Weihnachtsbescherung. Eine freiwillige Sammlung unter den Ortsvereinsmitgliedern für den Kollegen Metz ergab noch 28 Mk., so daß für ihn 34 Mk. abgeschickt werden konnten. Als außerordentlichen Beitrag für die Herstellung des diesjährigen (Zubildungs-) Gauberichtes wurden 10 Mk. bewilligt.

Hamburg. Norddeutscher Maschinenfabrikverein.) In der gut besuchten Versammlung vom 22. November konnte der Vorsitzende H. Dethloff nach erfolgter

Aufnahme von 8 neuen Mitgliedern (aus Detmold 2, Dsnabrück 2, Bremerhaven 1 und aus Hamburg-Altona 3 Kollegen) konstatieren, daß die Zahl 100 bereits überschritten sei, trotzdem sich leider immer noch mehrere Kollegen an verchiedenen Orten dem Vereine fernhalten, so in Jpehoo, Schwerin, Melle usw. Es folgte dann die Abrechnung vom 3. Quartale, die einen Kasienbestand von 274,80 Mk. aufweist. Wie immer, nahm die Besprechung der aufgeworfenen technischen Fragen auch diesmal einen breiten Raum ein. Die lebhafteste Diskussion zeigte, wie notwendig die Pflege des Technischen für alle Maschinenfabriker ist und stets bleiben wird. Es wurde beschlossen, alljährlich den Inhalt der Protokolle der zur Diskussion gestellten technischen Fragen zu vervielfältigen und den Maschinenfabrikervereinen zuzufenden. Ein Antrag, die Mitgliedschaft zum Deutschen Buchgewerbevereine zu erwerben, wurde einstimmig angenommen.

Hamburg. Recht traurig sehen die Kasienverhältnisse des hiesigen Ortsvereins vom Gutenberg-Bund aus. Bei der Witwen- und Invalidentasse überlegen jetzt schon die Ausgaben die Einnahmen, so daß das Kapital, angegriffen werden muß. Alles viel Kapital ist zwar auch nicht da, etwa 22 000 Mk. Um nun diese Kasien etwas aufzufrischen, wurde kürzlich beschlossen, die Krankenkasse ab 1. Januar 1904 in Liquidation treten zu lassen. Dadurch kann der Invaliden- und Witwenkasse am 1. Januar 1905 der Rest des Krankenkassenvermögens zugeführt werden. Eine kleine Summe wird dies aber nur sein, weil die Krankenkasse ebenfalls schlecht steht. Eine Aussicht auf Sanierung der Kasien ist vollständig ausgeschlossen, da die zahlungs-kraftigen Mitglieder austreten, neue Mitglieder nicht hinzukommen und die Ausgaben für Witwen und Invaliden lawinenartig im Wachsen sind. Nun wird wieder ein neues Verfahren angewandt, die Kasien zu heben. Es besteht darin, die hinzukommenden Invaliden möglichst abzuwimmeln. Dieser Versuch wurde in der letzten Versammlung am 15. November gemacht. Der betreffende Invalide ist von der Reichsversicherung als Invalide anerkannt; der Gutenberg-Bund will aber nicht eher zahlen, als bis die Invalidentät noch extra durch ein Physikatgutachten bescheinigt ist. Der Betreffende kann „eventuell noch 4 bis 5 Stunden täglich arbeiten!“ so hieß es tatsächlich vom Vorstandsstische aus. Es ist dies der alte Grundfals, der einst von Hamburg aus während einer Tarifbewegung vom G.-B. als Parole ausgegeben wurde: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Mäßig Cure Lebensanprüche!“ Der Versammlungsbericht im Typograph erwähnt freilich nichts von den hier vorgebrachten Tatsachen; wozu brauchen auch die Mitglieder das zu wi en? Dafür befindet sich aber unterm Striche eine Kritik des „zehnjährigen Waisenknaus.“ Derselbe ist aus von lendenaligen Gängen gegogenen Retourfufden gestrichelt zusammengeknoppelt und mit vielen bekannten Sprüchwortern und Denkprüchen geschmackvoll garniert. Die Hauptsache ist, daß der Typograph überhaupt angegriffen hat. Man ist dadurch in der Lage, auch einmal für die Leser deselben schreiben und aufklärend auf sie einwirken zu können. **Lebaner.**

Heidelberg. In der am 21. November abgehaltenen Versammlung gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung mit ehrenvollen Worten der kürzlich verstorbenen Kollegen Haas und Wenzel und wies auf die Verdienste hin, die sich die beiden während ihrer Tätigkeit als Vorsteher unser Mittelringsgebiet erworben haben. Aus dem hierauf erstatteten Berichte über das dritte Quartal war zu entnehmen, daß daselbe, für unsern Bezirk als ein günstiges bezeichnet werden kann. Mitgliederstand zurzeit 90. Unter Tarifliches hatte sich die Versammlung wieder einmal mit der auch anderwärts in gutem Andenken stehenden Firma Morrell hier zu beschäftigen. Der Vorsitzende teilte mit, daß er gegen die in Nr. 126 des Corr. erfolgte Veröffentlichung dieser Firma als tarifstrenn beim Tarif-Unter Protest eingelegt und die abermalige Streichung derselben beantragt habe, indem Entlohnung und Arbeitszeit der dort beschäftigten drei Gehilfen den Bestimmungen des Tarifcs keineswegs entsprechen. Die Versammlung erklärte sich mit dem vom Bezirksvorstande unternommenen Schritte einverstanden, zumal Morrell es mit der Einhaltung des Tarifcs nie so genau genommen habe und, wie es scheint, der Ansicht ist, daß mit der Einföndung der die Anerkennung enthaltenden Postkarte an das Tarif-Unter die Hauptsache getan sei. Aus diesem Grunde mußte die Druckerei vor längerer Zeit für Mitglieder gesperrt werden, zumal sich auch noch Maßregeln wegen verlanter längerer Arbeitszeit hinzugesellen. Endlich wurde unter Verchiedenes beschlossen, das Bild Härtels für das Vereinslokale anzuschaffen sowie die nötigen Schritte zu tun, um die Ummeldung der hiesigen Gehilfenschaft von der dritten Klasse der Invalidenversicherung in die fünfte herbeizuführen.

Heilbronn. (Maschinenfabrikverein.) Die diesjährige Generalversammlung wurde am 8. November abgehalten. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus welchem folgendes zu entnehmen ist: Die Tätigkeit war eine sehr rege. Am 13. September v. J. begingen wir unser erstes Stiftungsfest. Ein Complattkursus mit 36 Teilnehmern begann am 21. Oktober v. J. in einem Saale der Fortbildungsschule und endete im März d. J. Am 1. März hielt Kollege Haug, Vorsitzender des Stuttgarter Bundesvereins, einen Vortrag über Alzidenz-, Illustrations- und Farben-druck, welcher gut besucht war. Eine sehr interessante Besichtigung unternahmen wir am 13. Mai, indem wir die hiesige Schöffelische Papierfabrik in vollem Betriebe besichtigten. Einige Tage später besichtigten wir einen

selbsttätigen Vogenanleger der Firma Baier & Schneider hier und deren Maschinenfabrik. Am 17. Mai besuchte uns der Mannheim-Ludwigsbafener Bruderverein, indem dieselben ebenfalls die obige Papierfabrik besichtigten. Anstatt des Stiftungsfestes unternahmen wir am 13. September einen Ausflug nach Mannheim, um zugleich die Maschinenfabrik Albert & Cie. in Frankenthal zu besichtigen. Die Besichtigung war eine sehr interessante und sei an dieser Stelle der Firma Albert & Cie. für ihr freundliches Entgegenkommen und für die großartige Bewirtung bester Dank gesagt. Der Kasienbericht wurde vom Kollegen Gaiting erstattet. Aus demselben ist zu ersehen, daß der Kasienbestand ein befriedigender ist und wurde dem Kassierer Dechare erweist. (Wichtiglich der Vorstandswahl siehe Verbandsnachrichten.) Unter Verchiedenes wurden allerlei interne Angelegenheiten besprochen. Unsere Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 28. Unser Farbenkursus begann am 24. Oktober mit einem Einleitungs-vortrage vom Kollegen Weinbl aus Stuttgart, welcher auch Leiter dieses Kurses ist. Die hierzu nötigen Farben erhielten wir von der Firma Kast & Ehinger-Stuttgart und den Karton von der Schöffelischen Papierfabrik gratis zur Verfügung gestellt; auch an dieser Stelle nochmals besten Dank hierfür. Der Kursus wird genau wie in Stuttgart gehalten und endet derselbe mit einem Schlußvortrage von obengenanntem Leiter.

al. Leipzig. (Leipziger Maschinenfabrik-Club.) Wie in der Oktoberversammlung beschlossen fand an Stelle der Novemberversammlung eine Allgemeine Maschinenfabriker-Versammlung statt. Zu derselben waren alle Leipziger Maschinenfabriker schriftlich eingeladen, und bis auf wenige auch erschienen. Die Tagesordnung dieser Versammlung lautete: 1. Vortrag des Kollegen Engelbrecht über: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Vortrag des Kollegen W. Müller: Warum gehört jeder Maschinenfabriker in den Maschinenfabriker-Club? In seinen längeren Ausführungen gab Kollege Engelbrecht ein Bild der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart; dabei hauptsächlich die Erringung des Koalitionsrechtes schildern und den Wert der Organisation hervorhebend. Die Aufforderung an alle Nichtmitglieder, dem Leipziger Maschinenfabriker-Club und auch dem Verbandsbeitreten, war der Schluß des interessanten Vortrages. Kollege Müller versuchte alle Anwesenden zu überzeugen, welchen Wert er für sie habe, einem Maschinenfabrikervereine anzugehören. Er verwies auf die technischen und tariflichen Vorteile, welche der Zusammenfchluß und die Einigkeit aller mit sich bringt. Auch er forderte zum Beitritte auf. In der nun folgenden Diskussion sprachen verschiedene Kollegen ergänzend über das Gehörte. Von den anwesenden 18 Nichtclubmitgliedern meldeten sich sofort acht als Mitglieder an. Im Namen der anderen sechs, die auch dem Verbands noch nicht angehörien, bei E. G. Grumbach in Konktion stehenden Maschinenfabriker, fragte Kollege Gröber den Kollegen Engelbrecht als Vorsitzenden des Leipziger Buchdruckereigehilfenvereins, wie es mit ihrer Aufnahme in den Verband stehe. (Hier sei bemerkt, daß die Grumbach'sche Druckerei erst seit einiger Zeit für Verbandsmitglieder geöffnet ist und daß die betreffenden Maschinenfabriker und eine Zahl von Handwerkerkollegen nur unter veräußrigten Bedingungen in den Verband eintreten wollen und dementsprechende Anträge gestellt haben.) Kollege Engelbrecht antwortete, daß ihr Eintritt unter Vergünstigungen nicht stattfinden könne, doch stände es ihnen frei, sich als neu eintretende Mitglieder zu melden. Darauf hin gab wieder der Maschinenfabriker Gröber die Erklärung ab, daß dann ihren Eintritte in den Leipziger Maschinenfabriker-Club wie auch in den Verband der Umwandlung noch im Wege stände, daß bei der Firma Grumbach an den Maschinen berechnet würde, wovon jedenfalls die Firma nicht abgehen wolle und wobei auch sie (die Gehilfen) sich nicht schlecht fänden. Darüber waren die Anwesenden natürlich sehr empört. Zur Entschädigung kam nun Kollege Gröber mit der Motivierung, daß es doch vom Prinzipale nicht verlangt werden könne, für Kollegen das gewisse Geld zu zahlen, die pro Stunde anfast 5000 Buchstaben nur 1200 Buchstaben leisteten. Da wäre es doch gerechter, es würde berechnet. Kollege Schreyer sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Grumbach'sche Druckerei überhaupt wieder geöffnet worden sei. Ihm wurde vom Kollegen Engelbrecht entgegen, daß, nachdem zwischen dem Inhaber der Firma G. und ihm eine Unterredung stattgefunden, durch welche beiderseits die früheren Differenzen als erledigt betrachtet wurden, keine Veranlassung für den Vorstand mehr vorgelegen habe, die Blockade ferner aufrecht zu erhalten, zumal betreffs des Berechnens an den Sechsmaschinen der Prinzipalsvertreter im Tarif-Ausschusse, Herr Richter, dem Gehilfenvertreter Ende April schriftlich mitgeteilt habe, „daß die Firma G. sich schuldig geworden sei, das gewisse Geld bei den Maschinenfabriker einzuführen, nur sollen noch die Laufenden Arbeiten im Berechnen hergestellt werden.“ Hieraus sei doch ersichtlich, daß der Definition der G'schen Druckerei nichts mehr im Wege stand. Es wäre nun auch nicht daran zu zweifeln, daß die Firma ihr gegebenes Versprechen einhielte, was sie den dort beschäftigt gewesenen Verbands-Maschinenfabriker gegenüber ja auch bewiesen habe; wenn Kollege Gröber heute behauptete, es würden bei G. auch die neueren Arbeiten an der Maschine berechnet, so läge es jetzt an den dort arbeitenden Gehilfen, hier Vihilfe zu schaffen und es könnte da gleich der Kollege Gröber seine Tariftreue beweisen, indem er so schnell wie möglich bei der Firma vorstellig wird und dieselbe darauf hinweist,

daß sie ja ihr schriftliches Versprechen gegeben habe, das gewisse Geld an den Maschinen einzuführen. — Hauptsächlich wird der betreffende Kollege sich diese Worte zu Herzen nehmen und dafür mit den anderen dortigen Kollegen sorgen, daß recht bald vollständig tarifliche Verhältnisse bei der Firma Grumbach eintreten. — Die interessante Versammlung endete nach 2 Uhr. Nächste Versammlung mit sehr wichtigem technischem und tariflichem Thema am 6. Dezember, vormittags $\frac{1}{2}$ 11 Uhr, im Johannisstale.

M. Weidrich. Die Entwicklung unseiner jungen Ortsvereins geht langsam, aber doch sicher von statten. Die Versammlungen werden durchsichtlich gut besucht und ist daher die Hoffnung keine verfehlte gewesen, durch Mittheilung der Mitglieder den Ortsvereins zum Blühen und Gedeihen zu bringen. — Durch Abreise zweier Kollegen von hier ist im Vorstande eine Veränderung zu verzeichnen: zum Schriftführer wurde in letzter Versammlung Kollege Gerhard Becker und zum Beisitzer Kollege Friedrich Hartig einstimmig gewählt. — Unser Vereinslokal befindet sich jetzt bei Dietrich Stahl in der Louisestraße. — Auch in unserm Ortsvereine wurde eine Sammlung zum Besten der Streikenden in Grimnitzhau veranstaltet und ergab dieselbe die Summe von 11 Mark.

Sch. Rudolfstadt. Die am 21. November abgehaltene Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins beschäftigte sich unter anderem mit der Angelegenheit betreffend den Artikel in der Nr. 45 des Typograph vom 6. November. Die Versammlung beauftragte, daß die in den Corr. eingegangene Erwiderung keine Aufnahme fand (aus guten Gründen. D. Red.) und stellte ferner fest: 1. daß die Uebersetzung bzw. Aufnahme des fraglichen Versammlungsberichtes ohne Wissen und Willen des Ortsvorstandes geschehen ist; 2. daß es unwahr ist, wenn man im Typograph behauptet, wir hätten uns in der betreffenden Versammlung vom Gutenbergs-Bunde und seinen Mitgliedern erzählt. Es ist in dieser Versammlung nicht eines einzigen Wortes hierüber Erwähnung gethan worden; 3. daß der erwähnte Vorfall (siehe Corr. 124, 24. Oktober) auf Lausache beruht und durch den Typographartikel in keiner Weise widerlegt ist; 4. daß alle gegen den Corr.-Artikelsschreiber angeführten Beschuldigungen auf vollständiger Unwahrheit und freier Erfindung beruhen, da der betreffende Kollege überhaupt nie dem Gutenbergs-Bunde angehört und übrigens erst seit einigen Wochen hier in Rudolfstadt beschäftigt ist.

Rudolfstadt.

Zum Kapitel Landstreichelei. Der oberrheinische Gauvorstand hatte sich, wie feinerzeit berichtet, an das badische Ministerium des Innern darüber beschwerdeführend gewandt, daß ein Verbandsmitglied am 1. August dieses Jahres in Fähringen bei Freiburg als Landstreicher verhaftet und 16 Tage lang inhaftiert gewesen ist. Das Ministerium hat sich nunmehr dahin rückgeäußert, daß die Beschwerde in einem Theile — die lange Inhaftierung betreffend — als berechtigt anerkannt ist. In den weiteren vom Gauvorstande angeregten prinzipiellen Fragen, wonach Mitglieder des Verbandes bei Nachweis täglicher Unterstützung wegen Verdadtes der Landstreichelei nicht festgenommen werden können — unter Hinweis auf den feinerzeitigen Erlaß des bayerischen Ministeriums —, ferner für geeignete Instruktion der Landgendarmarie wie Ortspolizeibehörden in vorstehendem Zusammenhange Sorge zu tragen, gab Minister Schentel zur Antwort, „daß solche ministerielle Maßnahmen aus verschiedenen Gründen nicht auszuführen bzw. nicht thunlich seien, da der Tatbestand einer Zuwiderhandlung gegen § 361 Ziff. 3 des Reichsstrafgesetzbuches durch den Umstand allein, daß ein auf der Wandererschaft befindlicher Arbeitsloser täglich ausreichende Unterstützung bezieht, nicht von vornherein und unbedingt ausgeschlossen ist.“ Es muß allerdings zugegeben werden, daß Verhaftungen bzw. Aburtheilungen von reisenden Buchdruckern in Baden sehr selten vorkommen; dem oberrheinischen Gauvorstande sind Fälle bekannt, wonach wegen Landstreichelei verhaftete reisende Kollegen auf Grund ihrer Verbands-papiere sofort auf freien Fuß gesetzt wurden.

Und abermals Herr Käpnitz. „Die sofort zu entrichtende Vermittlungsgebühr beträgt 7,50 Mk.“, dieser Satz bildet den Grundton der von dem vieldenkenden Inhaber des Internationalen typographischen Verkaufsbüreaus in Berlin an die vermeintlichen Objekte seines spekulativen Geistes gerichteten Antwortschreiben. Diese Worte kehren in allen Variationen wieder und versprochen wird, was das Herz sich wünscht, was der Sinn begehrt. Herr Käpnitz hat überall Stellen zu vergeben, nach allen Richtungen der Windrose reichen seine Geschäftsverbindungen und vom jungen Manne, der noch der Ausbildung bedarf, bis zu dem angebenden Prinzipale mit etlichen Tausend Mark Einlage herauf findet, d. h. findet angeblich bei Joh. Käpnitz jeder das für ihn Passende. Nun unsere Kollegen wissen nachgerade, was sie von Stellenvermittlungen in unserm Verlage und der des Herrn Käpnitz im Speziellen zu halten haben, nicht aber weiß Käpnitz, wie oft er zum Narren gehalten wird von den bei ihm Anfragenden.

Zu Berlin gibt es etwa 15 000 Zeitungs-Aus-trägerinnen, welche zum Theile sehr schlechte Arbeits-beingungen haben. Es werden jetzt Anstrengungen gemacht, diese Arbeiterinnen zu organisieren.

Dem neuen Reichstage dürfte zunächst folgendes Arbeitspensum obliegen: Staatsberatung, Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England, ein neues Militär-

penionsgesetz mit einer Forderung von 20 Millionen Mark, eine Novelle zum Servizgesetze, desgleichen zum Börse-gesetze, der verbesserte Gesetzentwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte, eine Novelle zur Seemannsordnung, ein Entwurf über den Privatversicherungsvertrag, die Zwangs-versicherung der Privatangestellten, die weitere Einschränkung der Frauenarbeit in Fabriken, eine Automobilordnung, eventl. auch die Entschädigung unschuldig Verhafteter. Die Handelsverträge werden im weiteren Verlaufe noch manche Ruß zu knaden geben, die spukende Militär-vorlage soll aber doch für nächstes Jahre zurückgestellt werden.

Das Volksschulwesen in Deutschland ist noch sehr der Verbesserung bedürftig, kommen doch auf eine Lehrkraft im Durchschnitt 61 Schüler. Im ganzen gibt es 58 164 Volksschulen, welche von 8829 812 Kindern besucht werden, deren Unterricht 122 145 Lehrer und 22 339 Lehrerinnen besorgen. Außerdem gibt es noch 614 Privatanstalten mit Volksschulziel, an welchen 39 799 Kinder unterrichtet werden. Man rechne die Kosten für Heer und Marine und Schule zusammen, mache daraus zwei Hälften und gebe dem Erziehungswesen die eine, dem Militär die andre.

Sozialpolitik in Württemberg. Das württem-bergische Ministerium des Innern hat zur Dienstleistung bei der Gewerbeinspektion zum ersten Male drei Gehilfen aus dem Arbeiterstande berufen.

In Neuchâtel ist das Verbot politischer Vereine, welches aus dem Jahre 1855 stammt, nun aufgehoben worden

Auf der badischen Staatsbahn ist die erste Wagen-klasse mit Ausnahme des Durchgangsverkehrs und der nach Württemberg und Elsaß hineinführenden Strecken abgeschafft worden. In Preußen wird diese Klasse bereits seit einer Reihe von Jahren in vielen Personenzügen nicht mehr geführt.

Freiherr v. Heyl, der Wormser Leberkönig und sozialliberaler Schönredner der spöttisch als Fraktion Dreißigste bezeichneten Partei, hielt jüngst in der alten Mainstadt eine große Rede, in welcher auch folgende Stelle vorkam: „Niemand ist das graue Elend des Ar-beiterstandes aus Deutschland so verschwunden gewesen, wie in den letzten 20 Jahren. Mit Hilfe des viel-geschmähten Kapitalismus ist nicht nur das graue Elend beseitigt worden, sondern auch das Wunder-werk geschehen, daß wir 30 Millionen Menschen mehr ernährt haben als vor hundert Jahren. Der Kapitalis-mus, wie er im Mittelalter sich entwickelt hat, ist in unser modernsten Zeit durch die kaiserliche Volkspolizei in einen sozialen Kapitalismus übergeführt worden.“ Wir glauben immer, mit Hilfe der vielgeschmähten Genere-alsbewegung wäre das graue Elend in etwas zurück-gedrängt und die Mehrexistenz von 30 Millionen Menschen wäre ein ganz natürlicher Vorgang der Ent-wicklung, aber bei weitem kein Wunderwerk — nun aber müssen wir empfinden mit unserm Wissen und haben das heulende Elend über uns Erkenntnis.

In Charlottenburg wird der erste Versuch in Deutschland mit Schulärztinnen gemacht.

Nach einer Reihe von 27 Monaten ist die deutsche Südpolar-Expedition glücklich wieder auf dem Schiffe Gauß in Kiel angelangt, von Vertretern des Reiches und der Wissenschaften feierlich empfangen. Die Erfolge der Expedition sollen über Erwarten groß sein, doch bedarf es längerer Zeit, die Ergebnisse genau festzustellen.

Die Nordenfjelds-Expedition ist auf der Sey-mour- und der Paulatinsel gefunden und gerettet worden. Der Dampfer Uruguay hat inzwischen die stark gefährdet gewesene Expedition nach Buenos-Aires transportiert, das Expeditionsschiff Antarchic ist in der Erebus- und Terrorwelt untergegangen.

Boykotts, Ausperrungen und kein Ende. Wir leben nun einmal in einer unheimlichwangeren Zeit, die jeden Tag neue Erscheinungen und neue Kämpfe gebiert. Nun ist ja mündlich bekannt, daß man mit einer Berufserklärung sehr, sehr vorsichtig sein muß, will man nicht eine Bekanntheit mit dem Strafrichter riskieren. Das heißt, diese Bedenken müssen den Arbeiter leiten bei dergleichen Angelegenheiten. Anders liegt die Sache, wenn ein Boykott von Amts wegen ausgesprochen wird, die Militärbehörden haben in der Beziehung ja schon etwas geübt. Das Großartigste scheint man aber jetzt in Magdeburg zu vollbringen, alldo Franz Adam Beyer-leins militärisches Drama „Rappenscheidt“ vom Gouverne-ment für die Angehörigen von Heer und Marine ver-boten wurde. Abgesehen von der unsterblichen Blamage zeigt dieser Vorgang die vertriebenen Rechtsgarantien in Deutschland wieder in einem sehr bezeichnenden Lichte.

Den Vorsitzenden des Magdeburger Gewer-be-gerichtes haben sich die Schornmacher ordentlich aufs Korn genommen, sogar die städtische Zeitung macht in ihren Spalten gegen den Stadtrat Kaiser mobil. Der-selbe hat sich nämlich bei dem letzten Klempnerstreik zweier Staatsverbrechen schuldig gemacht; einmal hat er den Geschäftsführer der Magdeburger Metallarbeiter als deren offiziellen Vertreter zu den Verhandlungen vor dem Einigungsamt zugelassen und dann fand er über den Vorbruch der Klempnerunion, welche die bei diesen Verhandlungen stipulierten Bedingungen wohl anerkannte, nachdem aber auf Betreiben der Metallindustriellen nicht gehalten hatte, einige recht kräftige Worte der Beurteilung. Die Hintermänner der Klempnermeister waren über die an ihre Adresse gerichtete Abfuhr so erbost, daß sie den Gewerbegerichtsvorsitzenden beim Regierungspräsidenten

denunzierten und dann, wie schon gesagt, auch noch die Organe der Großindustrie in der Sache in Bewegung setzten. Zu einem letzten vor den verammtesten Arbeit-geber- und Arbeitnehmerbeizigen gehaltenen Vortrage über die Tätigkeit des Magdeburger Gewerbegerichtes als Einigungsamt kam nun Stadtrat Kaiser als Leiter des-jelben auch auf diesen Vorfall zu sprechen. Danach haben die Metallindustriellen mit ihrer niedlichen Denunziation bei der Regierung nichts erreicht. Das von der Klempner-union gegebene Beispiel bezeichnete Stadtrat Kaiser als ein unfagbar trauriges Bild und meinte, es hätten sich dabei Faktoren eingemischt, die lieber draußen geblieben wären. Weiter mußte sich genannter Herr von einigen Arbeit-geberbeizigern in jener Versammlung sagen lassen, daß in Unternehmerkreisen eine feststehende Ansicht die sei, vor dem Gewerbegerichte zögen die Arbeitgeber fast immer den kürzeren. Der Vorsitzende blieb zwar darauf die rich-tige Antwort nicht schuldig, aber dieser Magdeburger Fall ist symptomatisch für die von den Unternehmern der Instruktion der Gewerbegerichte entgegengebrachten ent-schiedenen Abneigung wie für den von den Zentralver-bändlern überall ausgeübt und vor nichts zurück-schreckenden Terrorismus.

Die Rechtsgültigkeit der Tarife hat das Ge-werbegericht zu Schwerin unlängst in äußerst einfacher Weise ausgesprochen. Ein wegen Nichterhaltung des vereinbarten Vertrages von den Arbeitern boykottierter Unternehmer hatte das Einigungsamt angerufen. Dieses verurteilte kurz und bündig denselben zur Nachzahlung der Differenz an den Kassierer der Arbeiterorganisation und stellte den genaueren Betrag derselben auf grund der Lohnbücher fest; die Organisation fand also obendrein Anerkennung.

Das Proportional-Wahlssystem in Breslau einzuführen, wurde vom dortigen Magistrat abgelehnt. Ein diesbezüglicher Antrag der Hirsch-Wunderlichen Ge-werksvereine wurde mit der Motivierung zurückgewiesen, daß außer den freien Gewerkschaften bisher sich noch nie-mand an den Gewerbegerichtswahlen beteiligt habe, es liege also keine Veranlassung zur Einführung der Ver-hältniswahl vor.

In Dessau ging bei der Gewerbegerichtswahl nicht nur die vom Gewerkschaftskartelle aufgestellte Liste der Arbeitnehmerbeiziger glatt durch, sondern auch die ebenfalls vom Kartelle aufgestellten Kandidaten der Arbeit-geber mit alleiniger Ausnahme der drei Vertreter für die Großindustrie.

Im Sachsenlande macht man neuerdings wieder in den bekannten Ufsonberkschaften. Eine öffentliche Bes-predung der Arbeiterversicherungs-gesetze soll nämlich schon eine politische Versammlung sein, welche dann die Anwesenheit von Minderjährigen aus-schließen würde. In Erbsdorf bei Freiberg ist durch Ausweisung der Minderjährigen eine sich mit diesem Thema beschäftigende Holzarbeiterversammlung verzeitt worden. Die gegen diese Handlungsweise des überwach-enden Beamten bei der Amtshauptmannschaft erhobene Be-schwerde wurde zurückgewiesen, die Kreisauptmannschaft Dresden aber mußte allerdings zugeben, daß zur Aus-weisung der Minderjährigen keine Veranlassung vorgelegen habe; diese Notwendigkeit würde jedoch eingetreten sein, wenn der Referent sich kritisierende Erörterungen erlaubt hätte. Also wenn der Referent die tägliche Nation von beispielsweise 35 Pf. bei der Invalidenversicherung als zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel bezeichnet hätte, wäre der Versammlung ein politischer Charakter geworden. Eine köstliche Debatte!

Ein Kranz mit roter Schleife gilt in Sachsen noch immer als republikanisches Abzeichen. In Reichen-bach wurden erst neulich wieder zwei Personen wegen Tragens dieses verbotenen Symbols bei einem Begräbnis mit zehn Tagen Gefängnis bzw. 25 Mk. Geldbuße be-straft und zwar auf Grund einer Verordnung vom 14. Juli 1849. In Sachsen leistet man sich überhaupt etwas im Ausgraben von alten Verordnungen. Als unlängst ein Feuerbestattungsverein das Ministerium um die Erlaubnis zur Errichtung und zum Betriebe von Krematorien ersuchte, antwortete die Regierung mit dem Hinweis auf eine solche aus dem Jahre 1830, wonach die Feuerbestattung in Sachsen nicht zulässig sei. Vom Rückschlage der Zeit spürt man halt nichts im Lande der Wettiner.

Daß das Trucksystem in Deutschland noch immer gebräuchlich trotz der Strafandrohung mit 2000 Mk. im § 115 der Gewerbeordnung, sollte man eigentlich gar nicht für möglich halten. Eine vom Förder Bergwerks-vereine gegen den Redakteur der Dortmunder Arbeiter-zeitung angestregte Weisungssklage lieferte aber den Beweis, daß dem in Deutschland doch noch so ist. Es sollte sich natürlich auch in diesem Falle wieder um eine der vielgenannten Wohlfahrts-einrichtungen handeln, die jedoch so pugnawunderlich war, daß Arbeiter an mehreren Zuh-lungen hintereinander keinen Pfennig bar Geld erhielten, was auch monatelang passiert sein soll. Man gab näm-lich den Arbeitern Bons, für welche sie in einem be-stimmten, zum größten Teile dem Förder Vereine ge-hörigen Warenhaufe alles Notwendige beziehen konnten. Die Bons wurden den Arbeitern dann am Zagtage vom Lohne in Abzug gebracht, auch die noch nicht verbrauch-ten kamen gleich mit in Abzug; es wurde jedoch auf Bons auch bar Geld gegen Provision gegeben. Der Redakteur Düwel geizelte diese Zustände in einer öffentlichen Rede, nach Haltung derselben wurde das Trucksystem dann sofort

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

abgeschafft und das Warenhaus aufgehoben. Der Generaldirektor leistete sich vor Gericht die biblische Bemerkung, das Bonifatium sei eine Wohlthatseinrichtung im wahrsten Sinne des Wortes gewesen — wenn wochenlang der Arbeiter keinen Pöcher erhält, dann ist das also nur zu seinem Wohle! Duvell wurde schließlich wegen formaler Befehlsgewalt zu 75 Mk. Geldstrafe verurteilt, im übrigen aber freigesprochen.

600 Mk. jährliches Gehalt (einschl. Trinkgelber) für die Dienstleistungen zweier Personen bezeichnete der Vorsitzende eines schlesischen Gerichtshofes als ein angemessenes Einkommen. Es handelt sich um den Turmwächter der guten Stadt Goldberg, welcher unter Zuhilfenahme seiner Frau und einschl. der mannigfaltigen Pflichten, die ein so „hohes“ Amt mit sich zu bringen pflegt, diesen fettleibigen Verdienst erreicht. Die Breslauer Volkswacht hatte die großartige Fürsorge des Goldberger Magistrates entsprechend gelobt, natürlich wurde ihr Berichtsvortrager deswegen verdorrt.

Wegen Befehlsgewalt zweier Rechenverwaltungen wurde der Redakteur Kempfers von der Bergarbeiter-Zeitung zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hatte behauptet, daß die auf diesen Gruben ohne gerichtlichen Grund vorgenommenen Kündigungen nur zu dem Zwecke erfolgt seien, um die betr. Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes eingehen zu lassen. Das Gericht gab die Berechtigung einer solchen Annahme wohl zu, der Beweis sei jedoch nicht erbracht.

Mit der Verordnung zum Schutze der Steinarbeiter werden jetzt die nämlichen Auslegungsfälle verurteilt als mit den Schutzbestimmungen der Gaswerk-angestellten und wieder finden sich Gerichte, welche die Geschichte mitmachen. In der Steinarbeiter-Verordnung heißt es: „In Steinbrüchen und Steinfabriken dürfen Arbeiter, die beim Vorfieren oder der weiteren Bearbeitung von Sandsteinen verwendet werden, länger als neun Stunden täglich nicht beschäftigt werden.“ Ein Unternehmer in Oberfranken, der nicht gerade auf den Kopf gefallen ist, glaubte sich nun berechtigt, seine Steinarbeiter nach der neunstündigen Tätigkeit mit Vorfieren noch mit anderen Arbeitern beschäftigen zu dürfen. Er erhielt deswegen allerdings ein Strafmandat, erhob aber dagegen Einspruch und wurde dann wirklich vom Schöffengerichte freigesprochen, welches sich der Ansichtung des beklagten Unternehmers angeschlossen.

Daß im Reich der Handwerkerergesetz, des geschützten Meisterstitels und des so viel verlangten Beschäftigungsanspruches die Gewerbefreiheit nicht im geringsten vermindert ist, daß sogar Frauen als inunungspflichtig zu gelten haben, hat erst vor einiger Zeit wieder der preussische Handelsminister ausdrücklich anerkannt. Als Putzmacherinnen, Schneiderinnen, Photographinnen, im Kunstgewerbe, ferner im Barbier- und Friseurfache sind eine ganze Anzahl weiblicher Personen selbständig tätig. Wenn diese nun Befreiung halten und ausüben wollen, so müssen sie sich selbst der vorwärtsstrebenden Gesetzgebung und der abschließenden Gesellenprüfung unterziehen. Sie genießen dann alle Rechte der Handwerksmeister, müssen aber auch deren Verpflichtungen übernehmen. Besteht zum Beispiele in ihrem Wohnorte eine Zwangsinnung, so haben sie ihr beizutreten und an die zuständige Handwerkskammer ihren Beitrag zu entrichten. Will eine Witwe den Handwerksbetrieb ihres Mannes weiterführen, so hat sie entweder den Nachweis zu führen, daß sie bereits fünf Jahre selbständig den Handwerksbetrieb geleitet hat — dies ist umständlich bei einer Barbier- und Friseurwitwe der Fall gewesen — oder sie muß einen Gefährten halten, der nach abgelegter Prüfung die Berechtigung besitzt, Befreiung in seinem Fache auszuüben. Der letztere Ausweg ist übrigens der allermeist beschrittene. Aus der im Volksliede liebend und liebevoll umjungenen charmanter Frau Meisterin hat also die Keuzzeit die gestrenge Frau Meisterin geschaffen. Vielleicht vollzieht sich unter dieser Aufsicht die Rettung und Hebung des Handwerkes nun um so nachhaltiger.

Dr. Wülpfords, der durch seine Unverfrorenheit, Frechheit und die verschwindenden 12000 Mk. eine gewisse Bekanntheit erlangte ehemalige Sekretär der Handwerkskammer in Halle a. S., hat wieder einmal einen Geniesreich verübt. Am Eingange zur letzten Volksversammlung der Kammer ließ er nämlich eine auf hektographischem Wege hergestellte Schmähschrift verteilen, die mit Drohungen gegen Mitglieder der Kammer gepickt war. Der angeblich geistesfranke Lebemann konnte also aus einer Freianstalt heraus ein Pasquill erscheinen lassen; da darf man gespannt sein, was er noch alles in der später seiner vordringenden vollständigen Bewegungsfreiheit unternehmen wird.

Ein ganzes Standquartier von streifenden Arbeitern umstellt und in Haft genommen hat die ungarische Polizei in Ungvar. Die ausständigen Arbeiter einer Möbelfabrik veranfaßten eines Tages Kundgebungen vor der von ihnen verlassenen Fabrik. Die

Polizei nahm zwei Verhaftungen vor, welche jedoch von der Menge wieder befreit wurden durch Befreiung der Festgenommenen. Tags darauf wurde dann das Quartier von einem Militärkorps und 400 Arbeiter und Arbeiterinnen arretiert. Also eine regelrechte Belagerung mit Abführung des Feindes in die Gefangenschaft, das Kriegsspielen im Frieden gewinnt immer mehr an praktischer Bedeutung.

Ueber die am 1. Dezember sich laut Unternehmerbeschluß vollziehende Aussperrung der Töpfer ganz Deutschlands konnten wir bis zur Stunde nichts Näheres erfahren. In der Arbeiterpresse ist von der Möglichkeit der Aussperrung von 15000 Töpfern die Rede, wir halten diese Eventualität als ausgeschlossen, vor allem aber eine solche Ziffer für zu hoch. Die Berliner Ofenmacher haben ihren Lokalfonds im Betrage von 45000 Mk. der Hauptkasse zur Verfügung gestellt. — Die Crimmitschauer Textilfabrikanten haben jetzt ihre Sendlinge nach allen Richtungen ausgesandt zur Anwerbung von Streikbrechern. Aber sowohl vom In- wie vom Auslande ist der Arbeitswilligenzug ein ganz minimaler, die Gesamtzahl derselben hat übrigens sogar abgenommen. Die Fabrikanten bieten Geselohene von 50 bis 100 Mk., sie denuzieren die Mütter von Arbeiterinnen wegen Verdrehung ihrer Töchter, sie machen auf der Straße förmlich Treibjagd auf Arbeiterinnen und versuchen sie in die Fabriken zu schleppen, aber alles vergeblich. Die Polizei läßt jetzt nur halb so viele Personen in die Versammlungsfälle, als diese zu fassen vermögen, aber auch in diesem Falle wissen sich die Streikenden zu helfen durch Abhalten von Vor- und Nachmittagsversammlungen. Die Crimmitschauer Kämpfer bauen nach wie vor auf die deutschen Arbeiter, sie rechnen darauf, daß die Allgemeinheit ihnen ein Weihnachtsgeld bereiten wird, das die Niederlage der Unternehmer ist. Die deutschen Buchdrucker werden diesen Appell beherzigen, wie sie ihre Pflicht der Solidarität ja immer erfüllen.

Eingänge.

In Freien Stunden, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Heft 46 u. 47. Preis pro Heft 10 Pf.

Alpine Majestäten, die Weltgrößte der Erde in Bildern. Verlag: Vereinigte Kunstanstalten A.-G., München, Raubochstraße 51a. Heft 9 u. 10. Preis pro Heft 1 Mk. Die beiden Hefte bieten wieder reizende Bilder aus der Region des ewigen Schnee und Eises; diesmal haben insbesondere die Westalpen — Urner- und Savoyer-Alpen sowie Teile der Montblancgruppe —, dann die Bergriesen Rätens, Salzburgs usw. der photographischen Camera als „Modell gestanden“ und wir können gestehen, daß mit dieser Sammlung dem Naturfreund wieder ein besonderer Genuß bereitet ist.

Der Teufel in der Walsurne. Ein sozialistisches Theaterstück in einem Aufzuge von Ernst Pregonz. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Der Einzelheft ist 1 Mk. Das Recht der Aufführung ist an die Abnahme von 13 Rollenexemplaren zum Preise von 6,50 Mk. gebunden.

Dokumente des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein. Verlag: F. H. W. Diez Nachf., Stuttgart. Heft 11, 3. Band. Abonnementspreis 2,25 Mk. pro Quartal, das einzelne Heft kostet 75 Pf. Die Dokumente des Sozialismus erscheinen monatlich einmal.

Briefkasten.

Einsender von Schw. Tagwacht: Wir bitten uns über den Verlauf der betr. Generalversammlung zu unterrichten; bis dahin zurückgestellt. — Br. in Straßburg: 0,75 Mk. — F. S. in Berlin: 3 Mk. — ? in Karlsruhe: 4,25 Mk. — F. W. in Barchim: Wilh. Schwand, Jüdensburg, Marienstraße 48, II. — B. in Oldenburg: Ihre Berechnung halten wir für richtig. — W. W. in Heilbronn: Reuben Sie sich doch an die genannte Firma (Leipzig-N.) direkt. — P. N. in Lübeck: Svensk Typograf-Tidning in Stockholm. — F. N. in Waren: Dieses Thema wollen wir in Ihrem Sinne später aufrollen.

Vom Vereine „Kloppholz“ Leipzig beim 30jährigen Stiftungsfeste 22,14 Mk. für die Crimmitschauer Weber gesammelt und durch Kollege Giesler an G. Treue-Berlin gefandt. Vom Ortsvereine Bunzlau sind uns auch als dritte Rate 15 Mk. für die Crimmitschauer zugegangen. — Wir bitten solche Sendungen nur zu adressieren an G. Treue, Berlin O, Kronprinzenstraße 47.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eigenen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse

einzuholen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chalet du Midi, chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Balsacchi, Lugano, Via Nuova 13; Elsaß-Lothringen an Alphons Schmolz, Straßburg, Langestraße 146; Oesterreich an Franz Reifmüller, Wien VII/1, Bieglergasse 25, 4. Etage, II. Stock 33; Belgien an Wilh. Sarhaage, Place de la Duchesse 6, Brüssel; Ungarn an Julius Peidl, Budapest VIII, Städtly-utca 7; Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Solz, Amsterdams, Boemstrat 60 hutz; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Mecklenburg-Lübeck. Abrechnung pro 3. Quartal 1903. Verbandskasse: Einnahme (einschl. 4617,05 Mark Vorjahr) 9487,45 Mk., Ausgabe 8100,66 Mk., zurückbehaltener Vorjahr 1386,79 Mk. — Gauskaffe: Einnahme (einschl. 3116,21 Mk. Kassenbestand) 3516,41 Mk., Ausgabe 204,93 Mk., Bestand am Schlusse des 3. Quartals 1903 3366,48 Mk. — Herausgabte wurde an Reise-Unterstützung 2675,60 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 1638,50 Mk., Umzugskosten 60 Mk., an vorübergehend Arbeitsunfähige 1203,20 Mk., dauernd Arbeitsunfähige 2277,25 Mk., Begräbnisgeld 100 Mk., Verwaltungskosten 146,11 Mk. — Aus der Zentral-Invalidenkasse i. Bq. wurden 4 Mitglieder mit 366 Mk. unterstützt. — Aus dem Mecklenburgischen Invalidenfonds wurde an 20 Invaliden insgesamt 430 Mk. Zuzusch geleistet. Der Bestand des Fonds betrug am Ende des 3. Quartals 5746,65 Mark. — Die Mecklenburgische Sterbekasse hatte im 3. Quartale (einschl. 20417,84 Mk. Kassenbestand) eine Einnahme von 20863,24 Mk., Ausgabe 64,65 Mk. Bestand am Schlusse des 3. Quartals 1903 20798,59 Mk. — Bewegungstatistik: Mitgliederbestand Ende des 2. Quartals 1903 368, neu eingetretene 8, wieder eingetretene 2, zugereist 41, vom Militär 6, zusammen 425 Mitglieder. Abgereist 40, zum Militär 1, ausgetreten 3, ausgeschlossen 3, invalid 2, gestorben 1. Mitgliederbestand Ende des 3. Quartals 1903 375. — Konditionslos waren 79 Mitglieder 1845 Tage, krank 39 Mitglieder 1081 Tage. — Zahl der Druckorte 32.

Berlin. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: A. Beck, Burgstraße 22, I, Vorsitzender; F. Greimann, Parzellenstraße 82, I, Kassierer und Reisekassenverwalter; A. Dabergoß, Schriftführer; F. Escher und W. Petersdorf, Revisoren.

Kositz. Der Drucker Max Wabsack aus Sommerda wird aufgefordert, seine nächste Adresse einer Verbandskasse wegen an C. Steinberg hier selbst, Kasernenstr. 38, anzugeben.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Beuthen 1. der Seher Johann Donath, geb. in Schomburg 1885, ausgl. in Beuthen 1903; 2. der Drucker Franz Tomaszowski, geb. in Rakso 1886, ausgl. in Beuthen 1903. — Franz Habrian in Beuthen-N. (D.-Schl.), Bismarckstraße 1.

In Breslau der Drucker Max Hänel, geb. in Breslau 1873, ausgl. das. 1892; war schon Mitglied. — Herrn. Haertel, Friedrichstraße 100a, II.

In Krefeld 1. der Seher Heinrich Meyer, geb. in Krefeld 1863, ausgl. das. 1882; war schon Mitglied; 2. der Stereotypen Heinrich Pefschke, geb. in Krefeld 1884, ausgl. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — In Cleve der Seher Theodor Linsches, geb. in Kempen 1883, ausgl. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — Gustav Murrmann in Krefeld, Blumenstraße 94.

In Oldenburg der Seher Franz Hüfne, geb. in Oldenburg 1883, ausgl. in Oldenburg 1902; war noch nicht Mitglied. — W. Reihardt, Nadorsterstraße 40a.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Brandenburg. Der Drucker August Barry aus Werne (Hpt.-Nr. 40881) erhielt am 10. November zur Anschaffung von Schuhen einen Vorzuschuß von 2 Mk. Trotz entsprechendem Vermerks auf der hier ausgefertigten Legitimation scheint demselben dieser Vorzuschuß auf der nächstberührtten Jahrsliste nicht in Abzug gebracht zu sein. Die Herren Verbandsfunktionäre werden daher ersucht, dem Betreffenden diesen Betrag in Abzug zu bringen und portofrei an den hiesigen Verwalter W. Jordan, Nikolaistraße 19, II, zu senden. Sollte Barry in Kondition getreten sein, so wird um dessen Adresse ersucht.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser.

Sonnabend den 5. Dezember 1903

Feier des 41. Stiftungsfestes

in der Neuen Welt, Hasenhaide.

Saalloffnung 8 Uhr. — Anfang 9 Uhr.

Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung des quittierten Quittungsbuches gestattet.

[23]

Die Vergnügungskommission.

Meine Buchdruckerei

in verkehrsreicher Geschäftslage, verbunden mit Papierhandlung beabsichtige ich an ein. solv. Käufer abzutreten. Das Gesch. biet. sich. Ernst Schmidt, Hannover, Wahrenwaderstr. 90.

Kleine gute Buchdruckerei-Einrichtung

billigst zu verkaufen für etwa 3000 Mk. bar. Ort o. Kont. kann ev. nachgez. werden. B. Dff. v. zahlungsf. Werkstatt u. Nr. 212 a. d. Gesch. d. Bl.

Kleine Akzidenzdruckerei

(Akzidenzregal, verschiedene Schriften, Schiff, Winkelfahnen, Postenpresse mit selbstst. Farbwerk, Papierkneidemaschine, Arbeitslampe usw.) alles wie neu, umständelicher äußerst billig (550 Mk.) sof. zu verkaufen. Agnes Brunko, Berlin O 27, Grüner Weg 5. [219]

Erster Akzidenzsetzer

flott im Satz und Entwurf, befähigt, Korrekturen zu lesen, geübt, Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert. Muster, Gehaltsangabe nebst Zeugnisabschriften erwünscht. Forstheim. [218]

Ernst Girkner, Buch- u. Kunstdrucker.

Linotypesetzer gesucht!

Nach jeder Richtung hin zuverlässiger, flotter Linotypesetzer, mit genauester Kenntnis des Mechanismus der Maschine, wird zu baldiger Eintritte gesucht. Werte Offerten unter D. 228 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Schriftsetzer

in allen Sorten bewandert, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung. Werte Offerten erbeten an [221]

Jünger Setzer — Stereotypneur

in allen Sorten wie in der Flach- und Rundstereotypie bewandert, sucht baldmöglichst Stellung. Werte Angebote unter Z. A. E. 216 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schriftgießer

welcher in der Flach- und Rundstereotypie erfahren ist, sucht sofort oder später Stelle. Werte Offerten unter H. H. 197 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Galvanoplastiker

tüchtiger Träger und Abdecker, sucht sofort Stellung. Werte Offerten unter A. L. 225 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenwerkvereinigung Gau Dresden.

Sonntag den 6. Dezember, vorm. 11 Uhr: Monatsversammlung im Restaurant Zum Senefelder, Rautbachstraße 16. [215]

Dresden Buchdruck-Masch.-Verein. Dresden

Sonntag den 6. Dezember, vorm. 11 Uhr: Monatsversammlung im Vereinslokale. Wegen Ablegung d. Jahresrechnung haben Restaurant ihre Nische in dieser Versammlung zu belegen. [217]

Liedertafel Gutenberg

von 1877. Hamburg-Altona.

Generalversammlung

bei Bornhöft, Kl. Rosenstraße 16.

Tagesordnung: 1. Sachverständige Rechnungslegung; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Antrag des Vorstandes betr. Veränderung § 3 Abs. 3 des Statuts; Konditionslose, franko und invalide Mitglieder sind von der Leistung des Beitrags befreit. . . . als „konditionslos“, „franko“ oder „invalide“ geführt werden; 4. Beschlussfassung über die im Sommerhalbjahr 1904 abzuhaltenden Vergütungen; 5. Verschiedenes. [192]

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen. Der Vorstand.

Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen! Unterrichtsbriefe für Buchdrucker.

Soeben erschien: Serie A: Setzerbrief 15, Typographische Skizze und der goldene Schnitt.

Zu beziehen durch Richard Härtel in Leipzig-R., Kohlgartenstrasse 48. [217]



Typographische Gesellschaft zu Leipzig.

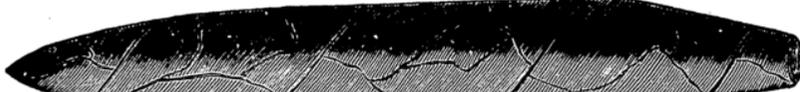
Die im Deutschen Buchgewerbehaus (Saal parterre rechts) veranstaltete Ausstellung von Entwürfen und Skizzen, aus den Beständen der Mitglieder, ist täglich von 9 bis 4 Uhr, Sonntags von 11 bis 4 Uhr geöffnet und der Besuch jedermann gestattet.

Zum Besuche ladet hiermit ein

Der Vorstand. [213]

Spezial-Offerte für Konsume und Händler!

Mille 32 Mark.



Diese im Original abgebildete Zigarre, „Marke Brama“, welche nur aus gesunden Tabaken hergestellt, mild in Qualität, schneeweiß im Brande ist, liefern wir, so lange der Vorrat reicht, für 3,50 Mk. pro 100 Stück, 32 Mk. 1000 Stück franko.

Gleichzeitig empfehlen wir unsere so sehr beliebten Spezialmarken:

Marke Alice	2,80 Mk.	Hansa, gute 6 Pf.-Zigarre	4,50 Mk.	Senator, edle Mischung	7,50 Mk.
Kaiser Adler, gute Mischung	3,50 „	Eva, Kasino-Zigarre	5,— „	Octavio, feinduftig	7,50 „
Regina, elegante Façon	3,50 „	Cilla, feinduftig	6,— „	Mi Reina, edles Aroma	10,— „
Julietta, Brasil-Mischung	4,20 „	Lord, 10 Pf.-Zigarre	6,50 „	Dieselbe, Ausschuss	7,50 „

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte, von 300 Stück an portofrei.

Nichtzusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.

Rauscher & Fabisch, Zigarren-Engros-Haus, Berlin NW. 20, Karlstr. 24, I. Etg. Kein Ladengeschäft.
Lieferanten für Kantinen und Konsum-Vereine. — Referenzen stehen zu Diensten.

Typographia Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Sonntag den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeier) in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57:

Weihnachts-Feier.

Konzert, Weihnachts-Märchen (Kinder-Festspiel), Beförderung der Kinder, Tanz. Die verehrlichen Mitglieder werden gebeten, ihre an der Feier teilnehmenden Kinder (Alter, Vor- und Zunamen) bis Freitag den 11. Dezember beim Unterzeichneten anzumelden.

Umfänglicher Beteiligung sieht entgegen

Der Vorstand. [224]

Am 27. November starb nach längerem Leiden im Alter von 20 Jahren der Schriftgiesser [220]

Georg Dalz.

Die Kollegen der Schriftgiesserei Theinhardt Berlin.

Am 29. November verstarb an Lungenleiden unser wertiges Mitglied der Setzer-Invalide [222]

Gustav Schubert

im Alter von 40 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Breslau, 29. November 1903. Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein.

Am 30. November verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege der Maschinenmeister [227]

Jakob Sans

aus Karlsruhe, im Alter von 36 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Der Ortsverein Typographia Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Am 30. November verschied hierselbst im Vincentius-Krankenhaus an den Folgen einer Operation unser lieber Kollege der Maschinenmeister

Jakob Sans

im Alter von 36 Jahren.

Durch seine stets bewiesene Kollegialität wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren

Das Personal der Badischen Verlagsdruckerei, Karlsruhe.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)

Kohlgartenstrasse 48

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.

Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Das Kapital von Karl Marx. 4 Bde. Wie neu für 20 Mk.

Praktischer Leitfaden für Buchdruck. Ein wirkliches Lehrbuch für den Farbendruck u. die Farbennischung im Buchdruck. Nach jahrelanger praktischer Erfahrung und Verjahren bearbeitet u. herausgegeben von F. Müller u. M. Dethlefs. 8,50 Mk. franko.

Als passende Weihnachtsgeschenke



empfehlen wir unsere Original-Artikel:

Wappenbroche 14kar. Gold auf Silber in Etui	2,85 Mk.
Kravattennadeln von 0,50 Mk. bis 3,00 „	
Manschettknöpfe „ 1,25 „ „ 5,00 „	
Wappenringe „ 3,50 „ „ 30,00 „	
Uhrketten „ 2,50 „ „ 25,00 „	
Uhrketten-Anhänger „ 0,40 „ „ 4,50 „	
Gutenbergbuch, kleines Prachtwerk	1,00 „
Katechismus der Buchdruckerkunst, 7. Aufl., geb.	4,50 „
Gutenbergbilder, in feinstem Lichtdrucke, 0,25 Mk. und 0,30 „	
Wandspruch „Gott grüß' die Kunst“, 2. Aufl.	0,80 „
Wappen-Glückwunschkarten, Dutzend	1,75 „
Graphischer Anzeiger, mit über 150 Abbild., 18. Jahrg., umsonst.	

Graph. Verlags-Anstalt, P. Goldschmidt,

Goethestrasse 11, Halle a. S., Goethestrasse 11. [210]

Glas-Christbaumschmuck!



Größtes prachtvollstes Sortiment und diesjährige Muster-Neuheiten über 300 St. Atakugeln, Eier, Kette, bis 8 cm groß, Glöcher, Früchte, feinst überponnene Prachtstücke, Glaspfänne, Perlen usw., nebst großartig ausgestatteter Stahlnöhrenspitze, 22 cm groß, für 5 Mk. (Wahrschneide 5,30 Mk.) 10 Dbd. große Socken oder 30 Stück gratis lege bei 1 Paradieskugeln aus Glas, 18 cm groß, 1 Engel mit bewegl. Flügel u. 1 Paket Lichthalter. — Nur denkbar solideste Ware, aufs Beste und Theodor Müller-Sipper, Laufha 1. Zflk., Nr. 92, sorgfältigste verpackt. — Jährlich massenhaft Anerkennungsbriefe! [153]

Erfurt. Sonnabend den 5. Dezember, abends 1/2 9 Uhr: **Versammlung.** U. a.: Tarifliches. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. [229]

Krefeld. Samstag den 5. Dezember, abends 9 Uhr: **Generalversammlung.** U. a.: 1. Vereinsmitteilung; 2. Vorstandswahl; 3. Sitzverleerer; 4. Kragefragen; 5. Verschiedenes. [214]

Zwickau. Sonnabend, 5. Dezember, im Vereinslokale: **Monatsversammlung.** U. a.: 1. Vortrag: Der Einfluß des Alkoholgenusses auf den menschlichen Organismus; 2. Abrechnung vom Stiftungsfeste; 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreicher Besuch ersucht. [224]

Technik der bunten Akzidenz. Rich. Härtel in Leipzig-R. — 3,50 Mk.